

Pflege in guter Gesellschaft

Fachtagung

der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen eaf
in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Büro Dresden
Bautzen, 11. Oktober 2011

Eine Veranstaltung in der eaf-Reihe: Was brauchen Familien in Sachsen

Protokoll

Einstieg:

Auswirkungen des demographischen Situation auf die Pflege in Sachsen

Auf der Grundlage des vorhandenen statistischen Datenmaterials beschrieb **Heike Zettwitz** vom **Referat Strategische Planung, Demografie, Demoskopie der sächsischen Staatskanzlei** die erwartbare demografische Entwicklung im Freistaat (siehe Anlage). Demnach werde die Bevölkerungszahl in Sachsen weiter zurückgehen. Ursächlich dafür seien zu zwei Dritteln mangelnden Geburten und zu einem Drittel die Abwanderung aus Sachsen. Die Lebenserwartung der Sachsen werde weiter steigen. Der Anteil der 20 bis 50jährigen an der Gesamtbevölkerung werde weiter sinken, während der Anteil der über 65jährigen und der „Premiumaltersklasse“ über 85 weiter zunehmen werde. Nach seinem Bevölkerungsanteil in der letztgenannten Altersklasse bleibe Sachsen weiter Spitzenreiter unter den Bundesländern.

Die sehr hohe Alterung der Gesamtbevölkerung gehe einher mit einer sehr hohen Alterung der Beschäftigten. Die peripheren und ländlichen Gebiete des Freistaates sowie die Kleinstädte werden von dieser Entwicklung weit stärker betroffen sein als die beiden sächsischen Halbmillionenstädte Dresden und Leipzig. Gleichwohl wolle Frau Zettwitz diese Zahlen nicht als Drohkulisse verstanden wissen. Ihr gehe es darum, Probleme als Herausforderungen zu verstehen und sich auf die Lösungssuche zu begeben.

Als besondere Herausforderungen benannte Frau Zettwitz für Sachsen den vergleichsweise hohen Anteil von altersdementen Menschen (zwei Prozent), die zunehmende Altersarmut jetziger und künftiger Rentnergenerationen und die Thematik der Pflege in der Familie, wenn diese allein aus Gründen der räumlichen Entfernung nicht möglich ist. Hierbei stelle sich auch die Frage, wer die kinderlosen Babyboomer der Geburtsjahrgänge vor 1965 pflegen wird, die sukzessive in Rente gehen. Damit korrespondiere die Gefahr der Vereinsamung im Alter, der sich allein durch *ambient assisted living* nicht begegnen lasse. Und schließlich warf sie die Frage der Anerkennung und Wertschätzung des Pflegepersonals auf, das eine harte Leistung erbringe und einer hohen körperlichen und psychischen Belastung ausgesetzt sei.

Hinweis: Fakten und Information rund um die demografische Entwicklung bietet der Demografiemonitor des Freistaates: www.demografie.sachsen.de

Die **Situation der Pflege in Sachsen** beschrieb anschließend aus Sicht eines Pflegedienstleiters **Gerd Lehmann**, Geschäftsführender Vorstand **Diakonisches Werk Bautzen** und im Ehrenamt Vorstand des evangelischen Fachverbands für Altenarbeit und Pflege. Um sachgerecht und ethisch vertretbar pflegen zu können, ist aus seiner Sicht eine faktische Verdopplung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Pflegeversicherung auf 4,5

Prozent notwendig. Darüber hinaus verwies er darauf, dass in Sachsen der Leistungsdruck durch den gesetzten Rahmen am höchsten sei. Man habe im Freistaat den niedrigsten Personalschlüssel und die niedrigsten Entgelte. Die Hälfte der Beschäftigten sei burnoutbedroht. Zugleich kritisierte Lehmann den „Misstrauensvorbehalt“ gegenüber den Pflegedienstleistern und die sich daraus ergebenden hohen Kontrollkosten der Pflegekassen.

Der sich aus der demografischen Entwicklung speisende Fachkräftemangel führe zu einem zunehmenden Wettbewerb mit der gewerblichen Wirtschaft um Arbeitskräfte, in dem die Pflege wenig finanzielle Anreize bieten könne. Zudem nehme der Druck zu, die formalen Bildungsvoraussetzungen für Beschäftigte in der Pflege herabzusetzen.

Gleichwohl trügen weiter die Angehörigen die Hauptlast der Pflege. Der in manchen Prognosen unterstellte „Sog in die Heime“ nannte Lehmann eine „Illusion“. So viele neue Einrichtungen könne niemand finanzieren. Deshalb werde der Schwerpunkt künftig auf „ambulanten Systemen“ liegen. Dazu brauche es Beratungsangebote und Pflegekurse für Angehörige, niederschwellige Betreuungsangebote zur Vermeidung von Heimaufenthalten und eine Vielzahl verschiedener ambulanter Dienste.

Inhaltliche Impulse

Über **„Männer und Pflege – ein neues Feld“** sprach eingangs **Karsten Schriever**, Reisesekretär und **Geschäftsführer Männer und Familien**, Generationenübergreifende Arbeit bei der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens **EVLKS**. Noch immer sei Pflege weiblich verbunden: 70 Prozent der häuslichen und 85 Prozent der professionellen Pflege liege heute in den Händen von Frauen. Obwohl der männliche Anteil weiter wachse, spielten Männer in der Pflegeforschung noch keine Rolle. Gerade pflegende Ehemänner leisten, zumeist nach ihrem Berufsleben, hierbei Wesentliches. Diese gesellschaftliche Tatsache müsse nach Ansicht von Schriever als Vorbild besser sichtbar gemacht werden. Beispiele wie der Film **„Mein Vater“** (2002, mit Götz George als dememtem Vater und Klaus J. Behrendt als pflegendem Sohn) gebe es noch zu wenig. Doch das Knüpfen männlicher Pflegenetzwerke gestalte sich schwierig, denn „Männer reden nicht darüber.“ Gleichwohl biete die ev. Männerarbeit in Sachen entsprechende Rüstzeiten an. Auch mit Blick auf berufstätige Männer mit zu pflegenden Angehörigen gelte, dass sich die betriebliche Personalpolitik dem Lebenszyklus der Menschen anpassen müsse. Und für die professionelle Pflege gelte, dass zu pflegende Männer eben auch Männer als Ansprechpartner bräuchten. Schon deshalb sollte der Pflegeberuf für Männer attraktiver gemacht werden.

Der Frage **„Wie weiblich ist Pflege?“** ging anschließend **Andrea Spee-Keller**, **Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bautzen**, nach. „Die Pflege ist weiblich und nicht gleichberechtigt!“, so ihre Einschätzung. Das Gleichstellungsgebot nach Artikel 3 Grundgesetz sei im Pflegebereich noch nicht realisiert. So waren 2009 in Sachsen im ambulanten Pflegebereich über 90 Prozent Frauen beschäftigt und im ambulanten Bereich über 80 Prozent. So sehr die Einführung eines Pflege-Mindestlohns zu begrüßen sei, so werde diese Leistung der Pflegekräfte „nicht angemessen und nicht existenzsichernd honoriert“. Verschärfend komme eine hohe Teilzeitquote hinzu: im stationären Bereich in Sachsen von über zwei Dritteln. Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen könne man junge Menschen „nicht mit gutem Gewissen motivieren, einen Pflegeberuf zu ergreifen“. In der häuslichen Pflege stelle sich die Situation aus Geschlechterperspektive ähnlich dar: care-Leistungen würde noch immer überwiegend von Frauen erbracht. Abzuwarten bleibe, ob das Pflegezeitgesetz hier ab 2012 zu einer Änderung führen werde. Nach den

Erfahrungen mit dem Elternzeitgesetz könnten Männer für die Familienarbeit mobilisiert werden, wenn finanzielle Anreize bestünden.

Zur Frage „**Was können Mehrgenerationenhäuser leisten?**“ legte **Mathias Abraham**, Geschäftsführer des **Familienzentrums und Mehrgenerationenhauses Radebeul**, dar, dass sich sein Haus als Stadtteilzentrum und öffentliche Großfamilie versteht. Ein Mehrgenerationenhaus nannte er einen „Ort, wo sich Menschen treffen, Informationen und Hilfe bekommen und Ideen einbringen“. Sein Haus wolle zwischenmenschliche Beziehungen aufbauen, die es Menschen ermöglichen, länger zu Hause zu leben. Dazu diene, neben den allgemeinen Angeboten, ein Infopunkt Demenz und Pflegebegleitung sowie das Angebot eines Senioren- bzw. Alltagsbegleiters. Als weiteren Weg der Aktivierung älterer Menschen führte Abraham die Biographiearbeit im intra- und intergenerationellen Austausch an.

Für die **eaf Sachsen** stellte deren Landesgeschäftsführerin **Eva Brackelmann** in ihrem Impuls „**Wer nimmt Oma? Familien und Pflege**“ darauf ab, dass sich Pflege aus kirchlicher Sicht immer von der vorrangigen Option für die Schwächsten herleite. Pflege von Angehörigen sei von daher nicht nur eine private, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Gerade weil viele Pflegenden im familiären Bereich mit Schuldgefühlen umzugehen hätten, wolle die eaf „das Unsichtbare sichtbar machen“. So wolle man die Wertschätzung gegenüber den häuslich Pflegenden erhöhen und für mehr Unterstützung dieser Menschen werben. Insbesondere die „Sandwich-Generation“, die neben der Erziehung der Kinder oftmals auch die Pflege der eigenen Eltern leisten müsse, brauche auch Sicht der eaf dringend Entlastung. Im Vordergrund stehe hierbei das individuelle Arrangement, das auf die konkrete Situation der Pflegeperson und der Pflegenden sowie ihrer Familien zugeschnitten ist. Hierzu sei die Vernetzung der verschiedenen Angebote vor Ort zu verbessern und zugleich zu fragen, was können Kirchgemeinden als lokal präsente Struktur hierbei leisten. Alle politischen Ebenen seien gefordert, sich für Verbesserungen einzusetzen. Das gelte insbesondere bei der ausreichenden finanziellen Ausstattung des Pflegebereichs und der Verbesserung der Situation pflegender Familienangehöriger. Das Angebot der Pflegezeit müsse mit einer Lohnersatzleistung in Anlehnung an das Elterngeld sowie mit einer Anrechnung bei den Rentenanwartschaften verbunden sein.

Möglichkeiten der Politik

Die Möglichkeiten der Politik im Pflegebereich beschrieb aus Sicht der sächsischen Landespolitik **Dagmar Neukirch MdL**, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. „Abgesehen vom Geld fehlt in Sachsen der rote Faden, wo man mit der Pflege hin will“, so ihr Credo. In Sachsen kämen zu den geringsten personellen Ressourcen die geringsten finanziellen Ressourcen bei den Heimentgelten und das niedrigste Preisniveau im ambulanten Bereich.

Erschwerend komme hinzu, dass auf Bundesebene eine Entscheidung über eine Reform der Pflegeversicherung weiter verschoben werde, Dabei sei die Pflegeversicherung aktuell nur noch bis 2013/ 2014 ausfinanziert. Als positiv hob die Abgeordnete hervor, dass nun offenbar die Maxime gelte: Versorgungssicherheit vor Beitragssatzstabilität. Auch mehrten sich in der Diskussion die Stimmen, die die Stärkung solidarischer Prinzipien bei der Finanzierung und deren Ergänzung um Elemente der Bürgerversicherung fordern.

Klärungen forderte die Politikerin auch bei der Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Zudem müsse das Pflegezeitgesetz um einen Rechtsanspruch auf die Pflegezeit und eine Lohnersatzleistung für die Pflegenden ergänzt werden.

Auf Landesebene kritisierte Neukirch, dass Sachsen das einzig verbliebene Bundesland ohne Landespflegegesetz sein. Das zuvor bestehende sei 2002 ausgelaufen. Damit existiere kein Rahmen für die Ausgestaltung der Pflege in Sachsen. Die in den Kommunen erstellte Altenhilfeplanung könne kein Ersatz sein, da sie im Wesentlichen eine Altenhilfeeinrichtungsplanung darstelle. Darüber hinaus fehle eine Bedarfsanalyse bei den Fachkräften. Auch der Tätigkeit des Landespflegeausschusses und des Landessenorenbeirates fehle eine systematische Einordnung.

Dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Novelle des Heimrechts stellte Frau Neukirch den Gesetzentwurf von Linke/ SPD für ein Sächsisches Wohn- und Betreuungsgesetz gegenüber. Das als Alternative zu den in anderen Ländern bestehenden Pflegestützpunkten in Sachsen etablierte PflegeNetz nannte Neukirch „unzureichend und kompliziert“.

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müsse die Pfl egetätigkeit aufgewertet und müssten die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Mittelfristig sei zur Qualitätssicherung die Verkammerung der Pflegeberufe notwendig.

Mehr Informationen unter: www.pflege-braucht-pflege.de